

Kulturbericht

Wenn der Strom der Zeit neue Gedanken und unerwartete Ereignisse so rasend schnell vorüberwölzt wie heute, und wenn alles von einiger Bedeutung, was irgendwo geschieht, sofort in jedem Kulturlande nachwirkt, kann die entscheidenden Linien des Forschens und Ringens unserer Tage niemand erkennen, der nicht zuweilen ordnend und prüfend rückwärts blickt. Von den Ereignissen der Herbstmonate haben wir jetzt den Abstand, der zur Auswahl dessen, was unsere nächste Zukunft wesentlich mitgestalten wird, immerhin erforderlich ist. Eine allgemeine Zeitschrift hat selbstverständlich nur soweit auf Ansätze entstehenden oder sich wandelnden Kulturlebens hinzuweisen, als sie über eigentliche Fachkreise hinaus als wichtig empfunden werden können. Und weil diese Hinweise hier ebenso selbstverständlich von der Kulturauffassung unserer Monatschrift aus zu geben sind, wird zuerst über Gott, dann über den Menschen, zuletzt über die Natur gesprochen.

I.

Daß in unserem öffentlichen Leben ein religiöser Zug auch da hervortritt, wo viele ihn nicht vermuten, begünstigt Julius Elbau in einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 244, 12. Oktober 1930) so:

„Es ist kein Zufall, daß sich neben der Organisation der politisch und gewerkschaftlich geschulten Facharbeiter nur die religiös betonten Parteien im Wahlkampfe gehalten haben. Neben dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei hat der Christlichsoziale Volksdienst bemerkenswerte Erfolge erzielt, eine Gruppe, deren Führer zusammen weit weniger Lärm machten als Treviranus allein. Ihr Ausgangspunkt ist die Gegend um Kornthal in Schwaben, von jeher der Sitz einer innerlichen Frömmigkeit, die sich mit Bekennermut gegen jede Obrigkeit durchsetzte. ... Und der fanatische Nationalismus, den Hitler predigt, findet Anklang nicht nur bei den Entthronten — vom Hohenzollernprinzen bis zum Reserveoffizier, wie die „Süddeutsche Konservative Korrespondenz“ jüngst schrieb —, sondern auch bei Menschen, denen die Hineinziehung in einen Weltwirtschaftsprozess, der unbekannten Gesetzen folgt und bald hier, bald dort seine Opfer sucht, die wertvollsten Güter zu bedrohen scheint.“

Allerdings wird darüber geklagt, daß in allen Religionen für sehr viele Menschen der religiöse Glaube fast mehr ein beruhigender Schutz vor der Wirklichkeit als glühendes und tätiges Leben ist. Edwin Rogers Embree, der als Beamter des Rockefeller Foundation viel in Ostasien gereist ist, läßt das im „Atlantic Monthly“ (November 1930, 568) durch einen Chinesen in die bitteren Worte zusammenfassen:

„Amtliche Glaubensbekenntnisse sind nicht der Ausdruck dessen, was ihre Anhänger wirklich glauben und wünschen. Auch haben die Gebote der Religion mit dem Leben der Gläubigen wenig zu tun, eher sind Glaubenslehren das gerade Gegenteil des charakteristischen Verhaltens ihrer Bekenner. Sie drücken nicht aus, was man tatsächlich glaubt oder fühlt, sondern sie sind zugestanden oder unbewußt ein Ersatz dafür, daß man in Wirklichkeit ganz anders lebt und ganz andere Ideale hat.“ Vgl. diese Zeitschrift (Dez. 1930) 184—194.

Einer solchen Oberflächlichkeit religiösen Lebens würde man nicht so oft begegnen, wenn der Gottesgedanke nicht in vielen Köpfen auch unserer noch religiösen Zeitgenossen verblaßt wäre. Daher ist es hoch erfreulich, daß ein so scharfer und besonnener Denker wie Prälat Mausbach es unternommen hat, ein ausführliches Werk über „Dasein und Wesen Gottes“ in allgemein verständlicher Sprache zu schreiben. Der erste Band, in dem über die Möglichkeit der Gottesbeweise und über den kosmo-

logischen Gottesbeweis gehandelt wird, ist im September 1930 bei Aschendorff in Münster erschienen; der zweite, der den teleologischen Gottesbeweis enthält, liegt schon seit einem Jahre vor und ist von der Fachkritik mit ungewöhnlicher Anerkennung aufgenommen worden.

Die gewaltsame Verfolgung des Gottesglaubens in Rußland hat den Widerspruch französischer Freidenker hervorgerufen. Die Pariser „Documentation catholique“ (22. November 1930) druckt aus den „Cahiers des Droits de l'Homme“ eine von der Ligue des Droits de l'Homme angenommene Entschließung ab, in der es heißt, es sei „Sache der Freidenker, die freie Ausübung der Religionen zu verteidigen, denen sie selber nicht angehören“; daher wende sich die Liga „mit allem Nachdrucke gegen die bolschewistische Schreckensherrschaft“, die mit den Idealen der Liga unvereinbar sei, und die Moskauer Regierung werde hiermit ersucht, „die Grundrechte der menschlichen Persönlichkeit zu achten“. Als etwas später bekannt wurde, auf einem von Rußland, Polen, der Tschechoslowakei, der Schweiz, ferner von Österreich, Deutschland, Belgien und Frankreich beschickten Kongreß der Freidenkerbünde sei im November 1930 eine „Internationale kämpfender Atheisten“ gegründet worden, die ihren Sitz voraussichtlich in Deutschland haben werde, erhob sich von christlicher Seite, besonders auch vonseiten der katholischen Zeitungen und der preußischen Zentrumsparlei, sofort lebhafter Einspruch gegen diese Pläne. Vom Standpunkte des religiösen wie des politischen Friedens ist das selbstverständlich. Bei solchen Gelegenheiten wird bekanntlich das im Russischen von jeher gebräuchliche Wort für Leute, die wir sonst als „atheistisch“ bezeichnen, mit „gottlos“ übersetzt. Das darf nicht zu der Täuschung führen, als ob die nichtrussischen und nichtkommunistischen Atheistenverbände Europas und Amerikas weniger „gottlos“ wären als die russischen. Und es wird bei der Verteidigung des Gottesglaubens auch nützlich sein, an die Mahnung zu denken, die Adolf Deißmann im Oktober 1930 bei Übernahme des Rektorates der Berliner Universität gesprochen hat:

„Nicht der organisierte Kampf gegen die Glaubensfreiheit in Rußland ist die Hauptdrohung, sondern die Tatsache, daß wir selbst, soweit wir Christen sind, mit dem, was das Neue Testament von uns fordert, nicht Ernst gemacht haben, daß wir nicht gewesen sind, was wir sein sollen — Salz der Erde und Licht der Welt. Der eine Tropfen Öl, der notwendig ist, dessen der Motor des öffentlichen Lebens bedarf, wenn nicht das Wundergebilde der technischen Hochkultur bald als ein ausgebranntes Trümmergerippe kläglich am Boden liegen soll, ist neutestamentliche Gesinnung. Die heldischen Willensenergien sittlicher Läuterung und opferbereiten Dienstes, die das Evangelium für das Gemeinschaftsleben freimacht, müssen eingesetzt werden. Die Universitäten müssen diese Energien nicht nur interpretieren und vor Verfälschung durch Wahnideen schützen, sondern auch mobilisieren“ (Berliner Tageblatt Nr. 487, 15. Oktober 1930).

Alten Klagen über Behinderung der Seelsorge in öffentlichen Krankenhäusern sucht eine preußische Verfügung endlich abzuwehren. Es wird bestimmt, daß jeder Kranke bei der Aufnahme nach seinem religiösen Bekenntnisse zu fragen ist, nicht aber, auch später nicht, ob er seelsorgliche Betreuung wünsche. Mit den in Betracht kommenden Geistlichen hat die Krankenhausleitung eine Besuchszeit so zu vereinbaren, daß sie weder die Krankenpflege stören noch durch andere Besucher gestört werden. Bei Gefahr muß der Geistliche auch dann sofort benachrichtigt und zugelassen werden, wenn der Kranke keinen Wunsch geäußert hat.

Für die Zukunft des indischen Katholizismus scheint englischen Katholiken der Ausgang der Londoner Indienkonferenz durchaus nicht belanglos. Im „Month“ (Dezember 1930) leitet P. Balam S. J., der besonders die Ostseite der vorderindischen

Halbinsel gut kennt, aus der Geisteshaltung der dortigen Bildungsträger die Gefahr ab, daß sie mit dem Fortschreiten selbständiger Kulturpflege wenig geneigt sein werden, das Christentum ohne wesentliche Änderungen zu übernehmen. Dagegen meint im selben Hefte ein ebenso guter Kenner der indischen Westküste, dort seien für den Katholizismus, namentlich auch dank der portugiesischen Vergangenheit, die Aussichten günstiger. Jedenfalls wächst unter diesen Umständen die Bedeutung der einheimischen katholischen Geistlichkeit, die heute weit mehr als ein Drittel aller in Indien tätigen katholischen Geistlichen beträgt.

Als besonders wichtig für den deutschen Katholizismus hat immer die Beteiligung der Katholiken am akademischen Studium und am akademischen Lehramt gegolten. Das richtige Verhältnis zum Bevölkerungsanteil ist noch immer nicht erreicht. Ein Ergänzungsheft der „Vierteljahrshefte für Statistik des Deutschen Reiches“ (1930) stellt fest, daß im Sommer 1929 von den 123 700 Studierenden der Universitäten und Hochschulen noch nicht 28 Prozent katholisch waren, während die Katholiken unter der Gesamtbevölkerung mehr als 33 Prozent ausmachen. Allerdings waren unter den Studierenden der Medizin, der Pharmazie, der Forstwissenschaft und der Betriebswirtschaftslehre die Katholiken ungefähr in der Höhe ihres Volksanteils vertreten, in der Altphilologie sogar um ein Drittel stärker. Aber beträchtlich unter dem Bevölkerungsanteil sind die Zahlen bei den Juristen, den Zahnärzten, den Neuphilologen, den Germanisten, den Biologen, ganz unzulänglich in der Geographie, der Physik und der Chemie, auffallenderweise sogar in der Geschichte, für die doch eigene katholische Professuren bestehen. Über die Zahl der Katholiken im akademischen Lehramt gibt Dr. Legge eine aufschlußreiche Statistik in der „Schöneren Zukunft“ (23. November 1930). Sowohl in Preußen wie im Reich bleibt der Anteil der Katholiken am Lehrkörper der nichttheologischen Fakultäten unter 14 Prozent. In Würzburg, Köln, Münster und München ist er etwas über dem Anteil an der Bevölkerung des Reiches, in Bonn und Freiburg sehr weit darunter. In Bayern, wo die Katholiken fast 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen, beträgt er kaum 34 Prozent. Bei diesen Berechnungen sind die als katholisch gezählte, die in den Listen der akademischen Sekretariate als Katholiken geführt werden.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß der Gedanke einer katholischen deutschen Universität wieder lebhaft erörtert wurde. Sehr gut sagte zwar der Breslauer Kirchenrechtler Franz Gieseler in seiner Rede vor der Ortsgruppe des katholischen Akademikerverbandes in Köln, über der einstweilen nicht zu verwirklichenden Sehnsucht nach einer katholischen Universität, „die, mit allen Mitteln der modernen Forschung ausgestattet, die volle Licht- und Wärmekraft des katholischen Gedankens in die Welt ausstrahlte“, dürften wir nicht vergessen zu behaupten, was wir schon besitzen: „das Recht der freien Staatsbürger auf unsern Anteil an Deutschlands hohen Schulen“ (Kölnische Volkszeitung Nr. 517, 10. Oktober 1930). Aber Beispiele in Frankreich, Italien, Holland lehren, daß auch eine zunächst mit verhältnismäßig geringen Mitteln arbeitende katholische Universität von großem Nutzen ist. Es wäre für die Stärkung des katholischen Lebens in Deutschland ohne Zweifel ein Gewinn, wenn in die Stellen der öffentlichen Verwaltung, der Technik und des Handels, in das Lehramt an den höheren Schulen, in die freien Berufe der Ärzte, Rechtsanwälte und Publizisten Jahr um Jahr eine Schar katholischer Akademiker träte, die vom Elternhause bis zum Abschlusse der Universität vollständig im katholischen Geiste erzogen worden wären, selbst wenn ihnen die kleine katholische Universität im ganzen nur die wissenschaftliche Durchschnittsausbildung hätte vermitteln können, mit der sich ja die meisten Studierenden auch staatlicher Universitäten begnügen. Worauf es hier vor allem ankommt, hat Peter Wust in seiner Salzburger Rede über die „Idee einer katholischen Universität für das deutsche Volkstum“ so ausgedrückt:

„Die katholische Familie ist uns zwar, namentlich in den alten Traditionszentren, als seelische Pflanzstätte noch geblieben. Aber man kennt die Spannungen, die entstehen, wenn der geistig aufstrebende Mensch die Familie verläßt und jene Stätten betritt, an denen der moderne Geist dialektisch mit sich selbst dauernd in einem unauflösbaren Widerstreit lebt. Obwohl wir heute schon so weit sind, daß wir ein Wissen haben um die pragmatische Bedeutung einheitlicher Glaubenskraft, so wird doch in den hohen Schulen moderner Skepsis von vornherein jeder Glaubensélan in der Wurzel gelähmt oder getötet... Der deutsche Katholizismus verliert auf diese Weise schon seit Jahrzehnten seine besten Kräfte, indem ihm gerade die edleren Suchernaturen verlorengehen“ (Schönere Zukunft, 12. Oktober 1930, S. 36). Der Greifswalder Kirchengeschichtler Hermann Wolfgang Beyer nimmt das von Wust beschriebene und in Salzburg unter Führung der Benediktiner beharrlich der Verwirklichung näherstrebende Ideal durchaus ernst und fragt: „Was hat evangelischer Wille der deutschen Hochschulentwicklung als sein Ziel zu weisen?“ (Theologische Blätter, Oktober 1930, Sp. 272.)

Die Unterstützung der katholischen Seelsorge durch die Laien ist vielerorts am Wachsen. In Wien sind mit ihrer Hilfe trotz wirtschaftlicher Not seit 1918 über 40 Kirchen, Kapellen und Säle für Sonntagsgottesdienst geschaffen worden, womit freilich in manchen Bezirken noch immer keine genügende Pflege des religiösen Lebens möglich ist. In Liverpool tagte unter dem Voritze zweier Erzbischöfe und eines Admirals ein internationaler Kongreß des katholischen Seeapostolates, auf dem festgestellt wurde, daß für die religiöse Betreuung der Zehntausende katholischer Seeleute Anstellung von eigenen Hafenseelsorgern unerläßlich ist. In Berlin hat ein seit sieben Jahren bestehendes „Katholisches Hilfswerk“ schon weit über eine halbe Million Mark zur Ermöglichung katholischer Trauungen, Taufen und Beerdigungen beige-steuert. Auf eine in 25 Jahren bewährte Tätigkeit konnte bei der Jubeltagung in Essen am 6. und 7. Oktober 1930 die „Freie Vereinigung für Seelsorgehilfe“ zurückblicken, zu deren Gründung im Jahre 1905 der hochverdiente Zentrumsabgeordnete Martin Fackender durch seinen Dortmunder Vortrag über „Laienapostolat und Volkspflege“ den Anstoß gegeben hatte. Großes Lob spendete Kardinal O'Connell dem Laienapostolate der „Kolumbusritter“ bei ihrer Generalversammlung in Boston. Sie sind jetzt in einer Zahl von rund 625 000 Mitgliedern in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Neufundland und Mexiko, in Panama und auf den westindischen Inseln, in Alaska und auf den Philippinen verbreitet und verfügen über ein Verbandsvermögen von 32 Millionen Dollar. Mit nicht so reichen Mitteln, aber mit ebenso rühmlichem Eifer arbeitet im Laienapostolat auf dem weiten Felde des Sports die „Deutsche Jugendkraft“, die es in den zehn Jahren seit ihrer Gründung durch den Prälaten Mosterts auf mehr als 900 000 Mitglieder gebracht hat, von denen über 200 000 aktive Sportler sind. Durch die theoretische und praktische Pflege einer geistbeseelten Körpererziehung zu harmonischem Menschentum auf dem Grunde des katholischen Glaubens üben diese jungen Leute ein Apostolat, das unter den heutigen Zeitverhältnissen von besonderer Bedeutung ist.

II.

Über die Ursachen der ungeheuren Weltwirtschaftskrise sind die besten Kenner noch immer geteilter Meinung. Namentlich die Fragen, ob mehr die zu hoch gesteigerte Produktionsfähigkeit oder mehr die in den letzten Jahren knapper gewordene Goldausbeute schuld sei, ob die Anstrengungen sich mehr auf Hebung der Aufnahmefähigkeit ausländischer Märkte oder mehr auf Steigerung der Kaufkraft des Binnenmarktes zu richten hätten, wurden von Sachleuten lebhaft erörtert. Weitgehende Einigkeit herrschte innerhalb wie außerhalb Deutschlands darüber, daß eine Änderung des Youngplanes für sich allein zur Überwindung der Krise noch nicht genügen würde.

In der Berliner „Germania“ (Nr. 496, 24. Oktober 1930) schrieb der ernsthaft um Verständigung mit Deutschland bemühte französische Diplomat Graf Wladimir d'Ormesson, ein „durchaus nicht linksstehender deutscher Industrieller“ habe im Dezember 1929 auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen offen erklärt, „daß Deutschlands schwierige finanzielle Lage durch die Ausgabenwirtschaft von Staat, Kommunen, Industrien und Privatpersonen verursacht worden sei, daß niemand seine Ausgaben in vernünftigen Grenzen gehalten habe, und daß daher jeder an seine eigene Brust schlagen müsse“. Diesen stark verallgemeinernden Worten hielt die Redaktion der „Germania“ (Nr. 500, 26. Oktober 1930) entgegen, die öffentliche Hand müsse in Deutschland soviel ausgeben, weil soziale Leistungen und Arbeitsbeschaffung notwendiger seien als in Frankreich, und kostspielige Rationalisierung öffentlicher und privater Betriebe sei unvermeidlich geworden, weil hochgesteigerte Leistungen mit kurzer Frist verlangt worden seien. Dann aber heißt es wörtlich: „Mit vollem Recht haben deutsche Wirtschaftsführer und Politiker immer wieder und unablässig gegen eine ungezügelter Ausgabenwirtschaft Front gemacht und zur Sparsamkeit gemahnt, und das Kabinett Brüning hat mit entschlossener Hand durchgegriffen, wo die Sanierung es erforderte.“ Auch die „Frankfurter Zeitung“ (Reichsausgabe, 31. Oktober 1930) betonte in einem Leitartikel, daß in allen Schichten der Betriebe „ein aufrichtiger Wille zur Erkenntnis der äußersten Grenze des wirtschaftlich Notwendigen und des sozial Möglichen“ herrschen müsse. Dabei stellte sie aber ausdrücklich fest: „Das ganze Problem der Angestellten- und Arbeiterlöhne ist noch immer aufs schwerste psychologisch belastet durch die übertriebenen Einkommensansprüche der Verwaltungsspitzen.“ Wieweit die Kürzung, die in den folgenden Wochen in privaten und öffentlichen Betrieben freiwillig oder unfreiwillig durchgeführt wurde, auf den ganz hohen Gehaltsstufen gehen konnte, ohne den Betroffenen eine verhältnismäßig immer noch glänzende Lebensführung unmöglich zu machen, zeigt das vom „Vorwärts“ (Nr. 513, 1. November 1930) mitgeteilte Beispiel der „Berliner Verkehrs-Gesellschaft“. Der Aufsichtsrat dieses städtischen Unternehmens beschloß am 31. Oktober 1930, den Mitgliedern des Direktoriums statt des bisherigen Jahresgehaltes von 72 000 Mark nur noch 36 000 Mark zu geben, dem Vorstehenden darüber hinaus eine Zulage von 12 000 Mark zu bewilligen und die Pension der Direktoren unter Voraussetzung zehnjähriger Tätigkeit auf ebenfalls 12 000 Mark festzusetzen.

Dem Bedürfnis nach einem genaueren Einblick in die gewaltige Tragweite der heutigen Lohnfragen kommt ein „Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens“ entgegen, das in Lieferungen in dem Berliner Verlag „Werk und Wirtschaft“ erscheint. Zur Herausgabe hat sich ein Kreis von Deutschen — darunter Stegerwald — und Ausländern um Ludwig Heyde gebildet. Das Werk soll von deutschen Verhältnissen ausgehen, aber auch alles theoretisch und praktisch Bedeutende außerhalb Deutschlands so darstellen, daß ein „Bild von den Zusammenhängen zwischen den soziologischen und ökonomischen Problemen des Gewerkschaftswesens und den wichtigsten Erscheinungen der Politik, Wirtschaft und Kultur“ entsteht.

Mit großer Entschiedenheit wurde sogar außerhalb revolutionärer Parteien von verschiedenen Seiten her das Verlangen nach rascher Aufrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung laut. Das von Wenger, Sauer und Brieß herausgegebene „Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie“ begann in seinem 24. Band ein großes Sammelwerk über „Sozialwirtschaftliche Theorie und sozialwirtschaftliche Praxis des kapitalistischen Zeitalters“.

Darin sagt der Kölner Soziologe Theodor Brauer bei Darstellung des „katholischen Ideenkreises“, in der Vorkriegszeit hätten die deutschen Katholiken geglaubt, am Kapitalismus seien nur „Auswüchse“ zu bekämpfen, aber Krieg und Nachkriegszeit hätten „eine Wendung gebracht“. „In den Tagen“, schreibt er, „als der So-

zialismus zur Herrschaft gelangte und vor der Frage des Wie? seiner praktischen Verwirklichung auf umfassender Grundlage stand, erlangte die alte christlich-soziale Programmsetzung sogar vorübergehend allgemeine Volkstümlichkeit": man habe an die Stelle des unzulänglichen Sozialismus die „korporative Idee“ zu setzen gesucht. Das sei allerdings zunächst mißlungen. „Allein der plötzliche blendende Glanz, der auf sie fiel, zeigte den deutschen Katholiken den Abstand, der sich zwischen ihren Anschauungen und jenen der Väter und Vorväter aufgetan. . . . Der Beruf in seiner christlich-sozialen Auffassung und Begründung erschien ganz allgemein als das Ordnungsprinzip in dem drohenden Chaos. . . . Der Volksverein, selber mittlerweile in seiner Selbstsicherheit tödlich getroffen, ist es dann gewesen, der in A. Piepers freigewordener Persönlichkeit der neuen Zeit die Grundlagen eines katholisch-sozialen Programms gezeigt hat. Noch stehen wir in den Anfängen der Ausarbeitung und Verwirklichung“ (253 f.). Vgl. diese Zeitschr. (Sept. 1930) S. 402—412.

Die große Dringlichkeit dieser Aufgabe wird von einer Entschließung betont, die in vier vom Münchener Leohaus veranstalteten sozialen Ferienkursen für Geistliche gefaßt wurde. Geistliche aus allen bayerischen Bistümern hätten sich durch diese Kurse „überzeugt, daß die gegenwärtige kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mag sie auch den technischen und äußern Fortschritt auf eine ungeahnte Höhe gebracht haben, durch ihr unchristliches, liberales Wirtschaftsrecht die Völker in Not und Elend geführt hat und darum nicht geeignet ist, sie aus dieser Notlage herauszuführen“. Der in dieser Zeitschrift (Mai 1930, S. 126 f.) ausgesprochenen Warnung schloß sich Karl Muth in seiner Monatschrift „Hochland“ (Oktober 1930, 12) mit den Worten an:

„Die Aufgaben, vor die sich der dritte Stand angesichts der Revolution von 1789 gestellt sah, waren verschwindend gering im Vergleich zu der ungeheuern Leistung der Aufrichtung einer neuen Gesellschaft, die der vierte Stand zu vollbringen haben wird, wenn seine Stunde geschlagen hat. In dieser Situation liegt alles Glück und Unglück des Bürgertums. Begreift es zeitig, daß die Umwälzung gegen seinen Bestand und seine Welt nur dann gemacht werden kann, wenn es nicht selbstlos und mutig Hand mitanlegt, sie für das Volk als Gesamtheit und Einheit zu machen, so wird es das Beste, das ihm eignet, in die neue Gesellschaft mit hinüberretten und dann selber darin weiterleben mit all den geistigen und praktischen Errungenschaften seiner großen Vergangenheit. Bringt es diese Einsicht und Bereitschaft nicht auf, so wird über seine Zukunft entschieden werden, und die Dämmerung, in der es lebt, ist keine zu einem neuen Morgen, sondern zur hereinbrechenden Nacht.“

Jan Urban S. J., der Herausgeber der polnischen Monatschrift „Przegląd Powszechny“, zeigt im Dezemberheft 1930 die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders vom Standpunkte der Religion aus.

Das noch christlich gesinnte Volk erwarte bestimmt, daß von kirchlicher Seite aus alles getan werde, um der sozialen Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. „Wenn es sich davon nicht überzeugen kann, sind alle unsere Anstrengungen, es vor dem Bolschewismus zu bewahren, umsonst; denn, wie Bischof Rubina sagt, das soziale Elend und die auf die Massen drückende Ungerechtigkeit werden immer stärker für den Bolschewismus sprechen als alles andere gegen ihn“ (273). Von demselben Bischof Rubina von Czenstochau führt P. Urban auch den Satz an: „Der Kapitalismus muß unbedingt durch eine andere Produktionsform ersetzt werden“, und „wenn wir diese Umgestaltung nicht auf friedlichem Wege durchführen, können wir sicher sein, daß uns eines Tages gegen unsern Willen eine grundstürzende Umgestaltung aufgezwungen wird, die an Stelle des ersehnten Reiches Christi das Reich Satans auf Erden errichtet“ (272).

Bischof Rubina vergißt nicht, daran zu erinnern, daß auch abgesehen von der Arbeit für Umgestaltung des Wirtschaftslebens keine Kraft brachliegen darf, die wenigstens

einen Teil der Not zu lindern imstande ist. Wieviel da auch heute noch durch die freie Wohltätigkeit geschehen kann, zeigt die Statistik, die der bayerische Franziskaner Erich Röhr in der „Caritas“ (Oktober 1930, S. 453 f.) über die Leistungen „eines einzigen kleineren Klosters und seiner ländlichen Drittordensgemeinde“ für das Jahr 1929 zur Abwehr von Angriffen vorlegt. Das Kloster wandte in seiner Armenpflege für Suppen, Brot, Fleisch und Geldunterstützung 4205 Mark auf, die 331 Mitglieder zählende Drittordensgemeinde für Wäsche, Kleider, Hausrat, Bücher und Geldunterstützung 8024.19 Mark.

Daß wir von einem menschenwürdigen Staatsleben noch beschämend weit entfernt sind, beweist mit erschreckender Deutlichkeit die allenthalben zunehmende Roheit politischer Kämpfe. In China leiden Missionare, Kaufleute und Millionen Einheimischer unter den Greueln zahlloser Soldatenhorden, die von machtgierigen Generälen gegeneinandergehetzt werden. Durch Südamerika und Spanien rast das Fieber blutiger Revolutionen. Im Riesenreiche der Bolschewiken läßt die rücksichtslos herrschende Minderheit scharenweise Vertreter der sog. „Intelligentsija“ auf den Verdacht gegenrevolutionärer Bestrebungen hin nach einem Gerichtsverfahren, zu dem man (besonders angesichts der von den Bolschewiken zugegebenen Erlaubtheit der Lüge und der Ungerechtigkeit, wenn es sich um politische Gegner handelt) kein Vertrauen haben kann, durch Einkerkierung unschädlich machen oder sogar ohne gerichtliche Verhandlung auf Beschluß der „Staatspolitischen Verwaltung“ (S. P. U.) niederschießen. In Polen werden beim Wahlkampfe Anhänger von Parteien, die der Regierung nicht genehm sind, gewaltsam an der Ausübung ihres Wahlrechtes gehindert, in zahlreichen Fällen von sog. „Aufständischen“ barbarisch mißhandelt. Führer der parlamentarischen Opposition wurden in das Militärgefängnis der Festung Brzesć geschleppt und dort in unmenschlicher Weise gemartert. In viele ostgalizische Dörfer wurde zur Strafe von Gewalttätigkeiten, deren sich die von jeher unterdrückte ruthenische Minderheit schuldig gemacht hatte, polnische Kavallerie geschickt, über deren viehisches Wüten Dr. Jwan Bentko, ruthenischer Weihbischof von Lemberg, nach persönlicher Untersuchung einen erschütternden (im „Bayerischen Kurier“, Nr. 324, 20. November 1930 abgedruckten) Bericht an das polnische Innenministerium schickte. Einen gemeinschaftlichen Hirtenbrief der ruthenischen Bischöfe, in dem sowohl die ungezüglichten Taten der Ruthenen wie die Grausamkeiten der Polen verurteilt wurden, zog die polnische Regierung ein.

In Deutschland und Österreich bekämpfen sich Anhänger radikaler Parteien mit Knüppeln, Schlagringen, Messern und Revolvern. Gegen Regierungsgebäude wird mit Bomben vorgegangen, und Vorstellungen in Theatern oder Kinos werden durch Massengeheul, Mäuse und Blindschleichen abgelehnt. Selbst in den Parlamenten, in denen doch die sitzen, die einsichtig und gewissenhaft über unser Wohl beraten sollen, geht es so zu, daß in Tagen wichtigster und schwierigster Entscheidungen über dem Bericht einer großen Zeitung die wahrheitsgetreue Schlagzeile „Brülle, Reichstag!“ stand, und daß einer der angesehensten Abgeordneten „mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion“ es ablehnte, das ihm zustehende Schlußwort zu sprechen. Da ist es nicht zu verwundern, daß in andern Versammlungen und in Zeitungen die Sprache auf Kosten von Wahrheit und Gerechtigkeit — um die es doch im Grunde den vernünftigen und gutgesinnten Anhängern jeder Partei zu tun ist — einen unerhört rohen und beleidigenden Ton annimmt, und daß sogar die Hochschulen, deren wissenschaftliche und erziehlische Aufgabe wahrlich eine beherrschte Geisteshaltung fordert, zu Schauplätzen wüster Kämpfe werden. Man weiß aber doch, daß gerade in Zeiten allgemeiner Not der Übergang von radikalen Worten zu radikalen Taten von durchaus verderblichen Folgen sein kann. Deshalb sind in mehreren Provinzen Anschläge, in denen eine aufhegende Sprache geführt oder eine aufrührerische Farbe gebraucht wird, polizeilich verboten worden.

Und am 2. Dezember haben die Rektoren und Prorektoren der preußischen Hochschulen in ihrer Sitzung in der Berliner Universität einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie zwar anerkennen, daß die Unruhe unter den Studenten nur ein Teil der allgemeinen Unruhe ist, dann aber betonen, das studentische Gefühl für Würde und Freiheit des Vaterlandes dürfe auf akademischem Boden nicht zu verderblichen Spaltungen führen, und die Autorität der Rektoren und der Senate werde sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, daß sich die akademische Jugend ungestört ihrer „eigentlichen Aufgabe“ widmen könne: „dem Studium und der Selbsterziehung“.

Am 8. Dezember 1930 wurde im „Hamburger Fremdenblatt“ (Nr. 340) berichtet, auf dem Bahnsteig in Harburg hätten sich am späten Sonntagnachmittag kurz vor der Einfahrt des Hamburger Schnellzuges marschmig ausgerüstete Gruppen zweier miteinander verfeindeter Jugendverbände, zusammen gegen 100 Mann, drohend gegenübergestanden. Schon sangen sie sich trotzig an, und alles fühlte, daß jeden Augenblick eine Schlägerei beginnen könnte. Da machte ein alter Herr die eine der Gruppen höflich auf die Gefahr aufmerksam, in die alle auf dem übervollen Bahnsteig wartenden Reisenden bei einer Schlägerei unmittelbar vor der Ankunft des Zuges kämen. Kein junger Mann werde sich doch dem Verdachte der Feigheit aussetzen, wenn er darauf Rücksicht nehme. Der Führer der angesprochenen Gruppe beriet kurz mit seinen Leuten, dann folgten ihm alle ans entgegengesetzte Ende des Bahnsteiges, stiegen dort ein und brachten so zwischen sich und die Vertreter des andern Verbandes eine heilsam trennende Reihe von Wagen. — Der Vorgang sollte für unsere Zustände symbolisch sein: Wir wissen, daß es für unsere Rettung auf Wahrheit und Gerechtigkeit ankommt, wir hören die zermalmenden Räder der Katastrophe heranrollen — und doch befehlen wir uns in blinder Leidenschaft, anstatt ruhig und gewissenhaft miteinander zu prüfen, wie wir das von uns allen ersehnte Reich der Wahrheit und Gerechtigkeit anbahnen können! Ist niemand da, der uns zur Vernunft bringt?

Weil das Wachsen der politischen Leidenschaften auch den Weltfrieden schwer gefährdet, haben sechs internationale Frauenverbnde, die mehr als 46 Millionen Frauen in 56 Ländern vertreten, eine gemeinschaftliche Erklärung veröffentlicht, um „die Aufmerksamkeit der ganzen Menschheit“ auf die Tatsache zu lenken, daß Presse, Publikum und Regierungen mehr und mehr von der Möglichkeit eines Krieges sprechen, obgleich 57 zivilisierte Nationen den feierlichen Kriegschtungspakt unterzeichnet haben. Das sei ein Schlag gegen die nationale Ehre der Unterzeichner, eine Bedrohung der Jugend und der gesamten Menschheit. Besonders in einer Zeit wirtschaftlicher Not seien Ausgaben für ungeheuerliche Kriegs-rstungen nicht zu ertragen. Daher möge jeder mit seinem ganzen Einfluß für friedliche Verständigung und Betonung der wechselseitigen Abhängigkeit aller Völker eintreten und von den Staatslenkern strenge Beobachtung des Kriegschtungspaktes verlangen.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“, die Verständnis dafür zeigte, daß eine Darstellung des Krieges, wie sie der Remarque-Film gab, nicht von allen Deutschen mit ihrem persönlichen Erlebnis des Weltkrieges in Einklang gebracht werden konnte, erklärte frei heraus (Nr. 634, 13. Dezember 1930): „Wir müßten uns vor der ganzen Welt schämen, wenn der nationalsozialistische Terror demnächst alle Friedensversammlungen oder Filme verhinderte, die sich gegen den Krieg wenden. Man muß also wachsam sein.“

Angeichts des lahmen Fortschreitens der Abrstungskommission im Völkerbund spricht die „Kommunistische Internationale“, also die Zeitschrift des internationalen kommunistischen Exekutivkomitees, in einem Leitartikel (12. November 1930, S. 2207) die gewiß nicht leicht zu nehmende Drohung aus:

„Auf die Rstungen der Imperialisten, auf die Organisation der Intervention innerhalb der Sowjetunion, auf die Hege zu neuen Kriegen — wird die Arbeiterklasse mit der Mobilisierung ihrer Kräfte antworten, sie wird es verstehen, den imperia-

listischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln und die Macht der Bourgeoisie ein für allemal zu stürzen, sie wird nicht nur der Möglichkeit einer Wiederholung der Genfer Komödie, sondern auch der blutigen Tragödie des imperialistischen Krieges und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende bereiten.“

Eine noch wenig beachtete Schwierigkeit in der Durchführung der bolschewistischen Staatsform hebt Louis Fischer, der ständige Moskauer Berichterstatter der *Newyorker Wochenschrift* „The Nation“ in der Nummer vom 26. November 1930 (S. 578) hervor, wenn er sagt, es fehle an Vertrauen auf den Mut der Beamten zur Initiative und zur Übernahme der Verantwortung:

„Wenn Mißgriffe häufig und schwer bestraft werden und den Verdacht der Gegenrevolution oder der Sabotage nach sich ziehen, fürchtet sich jeder Beamte vor Unterzeichnung eines Erlasses und schrickt vor unabhängigen Entscheidungen zurück. . . . Sogar Mitglieder der Kommunistischen Partei haben vor alleiniger Übernahme der Verantwortung solche Angst, daß sie oft nicht wagen, eine Urkunde einzeln zu unterzeichnen. Ich habe von Fällen gehört, in denen es so weit kam, daß mächtige Ingenieure eine Gegend nicht nach Öl oder Erzen absuchen wollten, weil sie für den Fall, daß sie nichts fanden, in Gefahr schwebten, der Unaufrichtigkeit im Staatsdienst angeklagt zu werden. Ist aber jemand zur Übernahme persönlicher Verantwortung bereit — z. B. ein Fabrikdirektor, der nichts ausrichtet, wenn sein Wort nicht Befehl ist —, so werden ihm von Betriebsräten, Gewerkschaften und andern Stellen derartige Hindernisse in den Weg gelegt, daß die von der Partei verlangte persönliche Leistung wiederum fast zur Unmöglichkeit wird.“ Dazu kommt nach Fischers Angaben das weitere Hemmnis, daß man gerade die besten und geistig regsamsten Arbeiter aus den Fabriken herausnimmt und zu Staatsbeamten macht, weil man sie für zuverlässiger hält als die Abkömmlinge alter Beamtenfamilien. Dadurch werde zwar manches von dem sprichwörtlichen Schlendrian der russischen Bürokratie überwunden, aber zugleich wirke der Mangel an Fachkenntnissen sehr störend, und die tüchtigen unter den alten Beamten, die meistens auch bei nichtkommunistischer Gesinnung ihren Dienst so ernst nahmen, wie es in Rußland möglich sei, fühlten sich nun beargwöhnt und hätten keinen Antrieb zu besseren Leistungen. „Begeisterung und Opferwilligkeit kann man nicht von Leuten erwarten, deren Ehrlichkeit man verdächtigt, und über deren Köpfen beständig das Damoklesschwert der Entlassung hängt.“

Wilm Stein, der Moskauer Berichterstatter der „*Vossischen Zeitung*“, schildert (Nr. 244, 12. Oktober 1930) mit starken Worten aus eigener Anschauung die ja auch sonst durch viele Zeugnisse feststehenden, oft erschütternden Leiden, die der „Fünfjahresplan“ über die russische Bevölkerung gebracht hat: die knappe Rationierung von Nahrung, Kleidung und Heizung, das Steigen der Inlandpreise über fast jede Kaufkraft, die zunehmende seelische und körperliche Erschöpfung. Trotzdem seien aber Partei und Regierung so an die Weiterführung des Fünfjahresplanes gebunden, große Massen, besonders der Jugend, schon so daran gewöhnt und in nicht wenigen Fällen auch so fanatisch dafür begeistert, und vor allem sei das russische Volk, wie die Regierenden sehr wohl wüßten, so leidensfähig, daß aller Voraussicht nach das begonnene Werk wohl Abstriche erfahren, aber nicht scheitern werde. — Das ist im ganzen der Eindruck, den auch manche andere nichtbolschewistische Beobachter aus Deutschland, England und Amerika gewonnen haben.

Der in gewisser Beziehung entgegengesetzte Versuch einer neuen Staatsform, der Faschismus, hat durch den politisch rechtsgerichteten Professor Ludwig Bernhard von der Berliner Universität eine für viele unerwartete Beleuchtung erhalten. Bernhard erklärt es nämlich in seiner Schrift „Der Staatsgedanke des Faschismus“ für eine „Täuschung“, wenn man aus der Erfahrung, daß ein guter Faschismus besser sei als ein schlechter Parlamentarismus, den Schluß ziehe, das faschistische System sei besser

als das parlamentarische. Der Faschismus bewähre sich nur, wenn sich ein „Genie als Führer“ finde, der Parlamentarismus aber sei offenbar „nicht an den Zufall solchen Glückes gebunden“. Ein schlechter Faschismus gebe „die ganze Nation der Willkür eines Menschen oder einer Horde preis“, und selbst ein guter Faschismus sei nicht so gut wie ein guter Parlamentarismus, weil er den Menschen weniger Lebensfreiheit lasse.

Viel drastischer hält G. R. Chesterton in seinem Buche „The Resurrection of Rome“ den oft faschismusfreundlichen Kohlenmagnaten Englands vor, was sie bei dem letzten großen Kohlenstreik von einer faschistischen Regierung zu erwarten gehabt hätten. Der faschistische Diktator hätte Bewilligung der Arbeiterforderungen verlangt. Auf den Einwand, das bedeute Vernichtung des Kohlegeschäftes, hätte er geantwortet: „Wenn das wirklich in dem Grade zutreffen sollte, daß Ihnen schließlich nichts übrig bliebe, als in Lumpen an den Kirchthüren zu betteln, so werden wir auf Staatskosten etwas für Sie tun. Wir wollen Ihnen helfen, daß Recht geschieht, wir wollen es Ihnen so leicht wie möglich machen, aber wir werden nicht dulden, daß Sie unrecht tun. Wir werden nicht dulden, daß Sie den vereinbarten Lohn des Arbeiters heruntersetzen, oder daß Sie ihn ohne Lohn entlassen und so das Chaos der Arbeitslosigkeit noch vermehren. Wir hindern Sie nicht, Arbeitgeber zu sein, aber Sie müssen Arbeit geben. Wir streiten nicht um Ihr abstraktes Recht, daß Lohnauszahlung Ihre Sache ist, aber Sie müssen die Auszahlung, die volle Auszahlung, betätigen.“ — Man kennt die sarkastische Art Chestertons, böse Wahrheiten zu sagen; klarer wird man allerdings Licht und Schatten des Faschismus sehen, wenn man das reichhaltige Buch liest, das Robert Michels aus langen Studien und Beobachtungen über „Italien von heute“ (4^o, 410 S., Zürich 1930, Drell Füßli) geschrieben hat. Da ist die politische, wirtschaftliche, soziale und teilweise auch die geistige Entwicklung des italienischen Volkes seit 1860 lebensvoll und mit genauen Angaben von Tatsachen und Literaturbelegen dargestellt.

Über den Anteil der Frau und der Jugend am Kulturleben sind die Ansichten klarer geworden. Bei den deutschen Reichstagswahlen stimmten für das Zentrum an vielen Orten doppelt soviel Frauen als Männer. Die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten erhielten fast ebensoviel weibliche wie männliche Stimmen, obgleich die Nationalsozialisten grundsätzlich gegen das Frauenstimmrecht sind und infolgedessen auch keine einzige Frau auf ihre Kandidatenliste gesetzt hatten („Das Neue Reich“, Oktober 1930, S. 59). — Um die Jugend wirbt durch pädagogische Theorien und Einrichtungen mit besonderem Eifer der Sozialismus, der ja überhaupt in seinen verschiedenen Schattierungen nach dem Kriege mehr kulturpolitisch gerichtet ist als vorher. Nicht zu unserem Ruhme muß P. Desiderius Breitenstein O. F. M. in seinem auch von sozialdemokratischer Seite als hervorragende Leistung anerkannten Buche „Die sozialistische Erziehungsbewegung“ (Freiburg 1930, S. 72) feststellen: „Die Kinderfreundebewegung wäre allem Anscheine nach in dem heutigen Ausmaß überhaupt nicht möglich, wenn bisher von anderer Seite eine durchgreifende Aktion zur Korrektur der sozialen Lage unternommen wäre.“ Gegenüber der Manier metaphysischer Abstraktionen, die manche noch als die der heutigen Jugend genehme Sprache ansehen, erklärt Ludwig Neundörfer für die „junge Generation“:

„Sie hat ihre Ansichten; aber sie will sie an den realen Tatsachen messen, damit sie klar werden; sie hat ihre Forderungen und will lernen, wie sie zu verwirklichen sind.... Die Äußerungen der Politiker gehen entweder so ins Detail, daß sie der Nichtspezialist nicht begreift und auch gar keine Lust hat, sich mit ihnen abzugeben; oder sie sind dermaßen begrifflich, daß sie die Beziehungen auf die Gegenwart gar nicht erkennen lassen. Wir wollen aber, daß grundlegend und schlicht über das gesprochen werde, was uns bedrängt“ („Rhein-Mainische Volkszeitung“, Nr. 250, 26. Oktober 1930).

„Das Neue Reich“ (Oktober 1930, S. 82) bringt aus der sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf“ eine Statistik der sozialdemokratischen Parteipresse Österreichs. Es erscheinen 127 Zeitungen und Zeitschriften mit einer Auflage von 3 161 000. Die „Arbeiterzeitung“ hat 90 000 Bezahler, das „Kleine Blatt“ 182 000, von den Zeitschriften der „Sozialdemokrat“ 270 000, die „Frau“ 230 000. Hinter diesen Erfolgen steht die christliche Presse Österreichs trotz guter Leistungen weit zurück.

Die Stellung der Wissenschaft in der Gegenwart suchte der Tübinger Philosoph Konstantin Dösterreich in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 262, 2. November 1930) durch einen Aufsatz über den „enthronen Professor“ zu bestimmen. Die seit der Renaissance übliche „Höchstwertung der Erkenntnis“ sei im Schwinden, weil die Wissenschaft die von ihr erwarteten Lösungen gerade in den wichtigsten Fragen nicht gebe. Allerdings habe die Religion den an die Wissenschaft verlorenen Raum noch nicht wiedergewonnen. Aber geändert habe sich die Bewertung der Tat. „Dem erkennenden Menschen steht der handelnde Mensch im sich umbildenden neuen Wertbewußtsein mindestens als gleichwertig zur Seite.... Und auch wo religiöser Glaube noch in voller alter intellektueller Stärke vorhanden ist, verlangen wir und verlangt er von sich selbst die volle Bewährung in der Tat, auf welche gerade die katholische Weltanschauung mit Recht schon früher ganz besonderes Gewicht gelegt hat.“ Aber der handelnde Mensch könne nicht zu voller Kultur gelangen, ohne fernste Ziele zu sehen, müsse sich also gegen „Schwächung der wissenschaftlichen Bildung und der wissenschaftlichen Forschung“ erklären.

Dieser notwendige Zusammenhang zwischen Wissen und Tun wurde zur Verteidigung gegen übertriebene Kritik auch in einer Entschließung geltend gemacht, die am 31. Oktober 1930 auf der 10. Jahrestagung der „Notgemeinschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft“ angenommen wurde. Aus einer Beschränkung der „deutschen Wissenschaftsproduktion“ entstehe „neben der allgemeinen Gefahr für die Höhe unserer Kultur die stärkste Beeinträchtigung der deutschen Gütererzeugung besonders nach der qualitativen Seite“. Für die Volkswirtschaft auf dem Binnenmarkt wie für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt sei die Wissenschaft unentbehrlich, ohne sie werde unsere Auslandgeltung überall sinken. — Es war daher ein glücklicher Gedanke, in einer Festgabe für den Präsidenten der „Notgemeinschaft“, Staatsminister Friedrich Schmidt-Ott, der Öffentlichkeit über die Leistungen der deutschen Wissenschaft Rechenschaft abzulegen. Das ist in dem mächtigen Quartbande „Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft“, den Gustav Abb herausgegeben hat (Berlin 1930), eindrucksvoll geschehen. Alle Gruppen der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften und der Technik und in jeder Gruppe auch die wichtigsten Einzelgebiete werden da von berufenen, zum Teil von ihren glänzendsten deutschen Vertretern dargestellt.

Weil zu den erfreulichsten Fortschritten der Wissenschaft die Abkehr von lange mit Begeisterung verfolgten Irrwegen gehört, verdienen die Worte festgehalten zu werden, mit denen der Münchener Psychiater Oswald Bumke im September 1930 seinen Vortrag über Psychoanalyse auf der Königsberger Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte schloß:

„Freuds Methode wird vergehen, weil sie den Untergang aller Wissenschaft bedeuten würde: und das wird die Menschheit auf die Dauer doch wohl nicht wollen. Gewisse Erkenntnisse aber, die wir nicht der Methode, sondern der unmittelbaren psychologischen Begabung ihres Schöpfers verdanken, die werden bleiben. Und was noch wichtiger ist: bleiben wird die grundsätzliche Einsicht, die vor vierzig Jahren immerhin notwendig war, daß es nämlich keine Psychologie geben kann, die nicht den ganzen Menschen zu erfassen versucht, und daß man dieses Ziel mit einiger Sicherheit immer nur am einzelnen Menschen erreicht“ („Die Naturwissenschaften“, 28. November 1930, S. 994).

Staatliche Aufwendungen für die Kunst suchte der sozialistische Volksbildungsminister Grimme in ähnlicher Weise zu rechtfertigen, wie die „Notgemeinschaft“ die Bewilligung staatlicher Gelder für wissenschaftliche Zwecke verteidigte. Zur Hundertjahrfeier der Berliner staatlichen Museen und zur Eröffnung der Neubauten auf der Museumsinsel, deren Ausführung freilich hinter Messels Plänen zurückbleiben mußte, hielt Grimme in der Universitätsaula vor einer so glänzenden Versammlung von Kunstkennern aus der ganzen Welt, wie man sie wohl noch nirgends gesehen hat, eine mutige und packende Rede über die Frage, „ob es angesichts des Massenelends der Gegenwart wirklich noch als Sache des Staates angesehen werden darf, der Kunst umfangreiche Zuwendungen zu machen“. Bewahrung des von unsern Vorfahren oft unter Opfern gesammelten Kunsterbes sei kein genügender Titel, nicht einmal in der Hoffnung auf Wiederkehr besserer Zeiten, denn eher als für den Kunstgenuß der Enkel müßten wir für die Existenz unserer Söhne und Töchter sorgen. Es gebe nur eine Rechtfertigung: „Die Überzeugung, daß es außer dem religiösen Ergreifen keine andere Kraft gibt, die den einzelnen Menschen und ein ganzes Volk so zu formen vermag wie das Erlebnis großer Kunst.“ Aber allen müßten die Schätze erschlossen werden; denn sterbe die Sehnsucht der Massen nach geistigen Gütern, so werde die Sorge für die nackte Existenz eines Tages alle Kunstpflege zerstören. Alle müßten lernen, Kunst aufzufassen als „Pforte zur vertieften Erkenntnis der Wirklichkeit, Quelle freudegebender Kraft zur Beherrschung dieser Wirklichkeit und ein unwegdenkbares Mittel zur Gestaltung des eigensten Wesens von Mensch und Volk“ („Der Abend“, Beilage zum „Vorwärts“, 1. Oktober 1930).

Über Sinclair Lewis, den Gewinner des Nobelpreises für Literatur, schreibt Professor Mac Cole in der von den nordamerikanischen Paulisten herausgegebenen Monatsschrift „The Catholic World“ (Dezember 1930, S. 314 ff.):

„Wenn man zweifeln kann, ob irgend ein lebender amerikanischer Romanschreiber mehr Leute und mehr Dinge haßt als Sinclair Lewis, so ist doch kein Zweifel möglich, daß niemals einem der Haß aufrichtiger erwidert worden ist. Ja, wenn man bedenkt, wie erbittert der Zorn mancher seiner streitbaren Gegner war, begreift man kaum, wie er bis jetzt mit dem Leben davongekommen ist. Einmal wenigstens war sein Leben wirklich bedroht: jemand in Los Angeles schickte Lewis eine Einladung, diese Stadt zu besuchen, und erklärte dann, er werde, wenn Lewis annehme, sich selber an die Spitze einer Pöbelbande stellen, um ihn zu lynchen.“ Lewis habe fast alles lächerlich gemacht, was seinen amerikanischen Lesern teuer sei, und doch hätten sie allein von seinem Roman *Main Street* über dreiviertel Millionen Exemplare gekauft. Vieles in seiner Satire sei künstlerisch groß und sachlich richtig, aber in seinen letzten Werken, vor allem in *Elmer Gantry*, dem Roman eines protestantischen Pastors, sei der Realismus so wenig objektiv und die Satire für den Kenner der Wirklichkeit so gegenstandslos, daß Lewis wohl nicht lange mehr zu den am meisten gelesenen Schriftstellern Amerikas gehören werde.

Auf den Bühnen wurde, bei oft glänzender schauspielerischer Leistung, noch immer das glänzende Drama vermißt. Daß man aus dem Theater ein modernes Agitationsmittel machen kann, haben wir von den Bolschewiken richtig gelernt, obgleich dabei dort wie hier die Kunst in ihrem innersten Wesen verwundet wird. Aber theaterpolitisch sind sie uns über; denn wenn auch die im Dezember gehaltene Versammlung der über 2000 Mitglieder zählenden Gesellschaft russischer Dramatiker und Komponisten meinte, die bolschewistische Kunst habe für Rußland weniger geleistet als die bürgerliche Kunst für die Gedanken der französischen Revolution, so wird doch alles streng der bolschewistischen Weltanschauung eingeordnet und jeder „kapitalistische“ Amüsiercummel ausgeschlossen, während bei uns ein Versuch zu tiefer theatralischer Wirkung schon an der Vielheit der Weltanschauungen scheitert. Vgl. diese Zeitschrift (Oktober 1930), S. 45 ff.

III.

Über Einsteins Relativitätstheorie, die vor zehn Jahren von den einen als Unsinn, von den andern als eine zweite und größere Kopernikustat betrachtet wurde, schreibt Professor Josef Hopmann, der Direktor der Leipziger Sternwarte, in den „Süd-deutschen Monatsheften“ (November 1930, S. 132 f.), es sei dank ernster Arbeit klarer und stiller geworden.

„Für die Berechnung der Orter und Bahnen der Himmelskörper, für den Lehrvortrag, für die Ansichten vom Bau des Sonnensystems und der Fixsternwelt bis zu einigen 10 000 Lichtjahren Entfernung spielt die Relativitätstheorie nur eine verschwindende, selten zu berücksichtigende Rolle. Newton ist nicht gestürzt worden, sein Gravitationsgesetz wurde vielmehr bestätigt und verbessert. Auch beim Kopernikanischen System bleibt alles beim alten. . . . Für die Physik hatte und hat vor allem die spezielle Relativitätstheorie höchsten Wert gehabt. Desgleichen die allgemeine als Erklärung der Gravitationserscheinungen. Dann wird durch sie der Philosoph, der Erkenntnistheoretiker zu einer Revision des Problems vom Wesen von Raum und Zeit gezwungen. . . . Innerhalb unseres Milchstraßensystems, das zu durchqueren das Licht mindestens 30 000 Jahre braucht, lassen sich keine Spuren der Vierdimensionalität der Welt nachweisen. . . . Am sichersten ergibt sich wohl die Vierdimensionalität der Welt aus dem Spektralbefund der weißen Nebel. . . . Beim Andromeda-Nebel mit einer Million Lichtjahren Entfernung ist noch nichts von diesem Wirken der vierten Dimension zu spüren. . . .“

Die heutigen Kenntnisse vom Oberflächenraum unserer Erde und von den zwischen ihm und dem Menschen hin und her gehenden Einwirkungen beginnt sachmäßig und doch gemeinverständlich ein auf 6000 Quartseiten berechnetes „Handbuch der geographischen Wissenschaft“ darzustellen (Wildpark-Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion). Das in Lieferungen erscheinende Werk wird von dem Gießener Professor Fritz Klute herausgegeben, und Fachleute aus ganz Mitteleuropa haben sich ihm für ihre besonderen Studiengebiete zur Verfügung gestellt. Niemals ist ein solcher Mitarbeiterstab vereinigt gewesen, nie in Tausenden einfarbiger und bunter Bilder und Karten soviel von dem Walten der Natur und des Menschen auf unserer Erdoberfläche charakteristisch zum Ausdruck gebracht worden.

Das Ergebnis der Untersuchungen des Calmette-Verfahrens gegen Tuberkulose durch das Reichsgesundheitsamt, das Institut „Robert Koch“ in Berlin, die deutsche Forschungsanstalt für Tuberkulose in Hamburg und das Pathologische Institut der Universität Berlin ist am 12. und 13. Dezember 1930 dem Reichsgesundheitsrate vorgelegt worden. Es wurde festgestellt, Ursache des Todes so vieler mit Calmette-Kulturen behandelter Kinder in Lübeck sei nicht die Calmette-Impfung als solche, sondern wahrscheinlich seien aus einem noch nicht erklärten Versehen im Lübecker Laboratorium virulente Tuberkelbazillen in die Calmette-Kulturen geraten. Wie schon 1927 meint auch jetzt der Reichsgesundheitsrat von allgemeiner Calmette-Impfung zum Schutze gegen Tuberkulose abraten zu müssen. Daher solle eine Verschärfung des Impfstoffgesetzes angestrebt werden. Die französischen „Etudes“ (5. Oktober 1930) brachten dagegen aus der Fachzeitschrift „Paris-Médical“ vom 4. Januar 1930 die auf zehnjähriger Erfahrung beruhenden Ergebnisse der Ärzte Weill-Hallé und Turpin, die erklären: „Die Impfung mit dem Bazillus Calmette-Guérin (B. C. G.) ist bei noch nicht angesteckten Personen sicher unschädlich . . . sie ist nicht nur da anzuraten, wo die Gefahr von Ansteckung durch die Familie vorliegt, sondern auch denen zu empfehlen, die in anscheinend gesunder Umgebung leben.“

Jakob Overmans S. J.